

Korrespondenz

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrunnstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 13. Februar 1932

Nummer 13

Ruf nach Arbeitsbeschaffung!

Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung hat die Arbeitslosigkeit in Deutschland in der Zeit vom 16. bis 31. Januar zwar erheblich langsamer zugenommen als im vorausgehenden Halbmonatsabschnitt, sie überschritt aber zum erstenmal die Zahl von sechs Millionen; mit insgesamt 6 041 000. Diese Zahl ist gegenüber dem 15. Januar um 75 000 höher, während die Zunahme in der ersten Januarhälfte rund 293 000 betragen hatte. Im Vorjahr stieg die Arbeitslosenzahl in der zweiten Januarhälfte um 122 000, blieb aber damit noch unter 5 Millionen (4,887). Von diesen über 6 Millionen arbeitslosen Volksgenossen waren Ende Januar nur 31,2 Proz. in der Arbeitslosenversicherung bezugsberechtigt, in der Krisenunterstützung (Hauptunterstützungsempfänger) 26,4 Proz. und 28,1 Proz. bezogen Wohlfahrtsarbeitslosenunterstützung; 14,3 Proz. oder 860 743 blieben ohne jede Unterstützung!

Der neue Anstieg der Arbeitslosenziffer in Deutschland, der nur noch zu einem geringen Teil saisonbedingt ist, mußte für die Regierung Anlaß genug sein, sich aus ihrer Passivität aufzuraffen. Nach der amtlichen Statistik ist rund ein Drittel aller Arbeiter ohne Arbeit, und es wird befürchtet, daß die Arbeitslosenzahl — wenn sich 1932 das gleiche Bild wie im vergangenen Jahr wiederholt — nach Überwindung des Winters und der durch ihn bedingten Arbeitslosigkeit bestenfalls auf 5 bis 5½ Millionen heruntersinkt. Kein Wunder, wenn aus der Arbeiterschaft heraus der Ruf nach Arbeit immer stärker und stürmischer hervorbricht. Die Regierung muß jetzt endlich aus der von ihr bisher beobachteten Reserve heraus.

Mit schärfstem Nachdruck verlangt das „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Sie erinnern daran, daß der Lohnabbau die Kaufkraft der Massen weiter eingeschränkt und damit die Arbeitslosigkeit weiter erhöht hat. Sie macht darauf aufmerksam, daß die unnötig überpannten geldpolitischen Maßnahmen zu neuen Preissteigerungen führen und damit zu einer neuen Hemmung der erstrebten Erweiterung der Massenkraft durch Preisabbau. Sie verweist auf die Gefährdung des deutschen Exports in die durch den Zoll in ihrem Export nach Deutschland gestörten Länder. In der Arbeitszeitfrage — so fährt die „Gewerkschaftszeitung“ im Sündenregister der Regierung fort — begegnet man ebenfalls einer bedenklichen Passivität, obwohl alle Welt darüber im klaren ist, daß der Achtstundentag durch die moderne Technik überholt und die vierzigstundenswoche bereits eine indirekte Tatsache ist — nur verschleierte dadurch, daß neben den sieben Millionen Arbeitslosen weitere Millionen als Kurzarbeiter weit weniger als 40 Stunden arbeiten, während nur noch der kleinere Teil der Arbeiter 48 Stunden und mehr arbeitet. Noch immer leisten daneben Hunderttausende Überstunden in fast unbegrenztem Umfang. Die Notstandsarbeiten sind immer weiter zurückgegangen. Die pompös angekündigte Arbeitsbeschaffung der Reichspost und Reichsbahn hat sich fast völlig verflüchtigt; denn Mehrbeschäftigungen stehen Massenentlassungen an deren Stelle gegenüber. In den Amtsstuben will man annehmend die Notstandsarbeiten überhaupt einstellen, um hierfür etwa verfügbare Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst zu benutzen. Die Gewerkschaften verwerfen den freiwilligen Arbeitsdienst nicht rundweg; denn Arbeitsbeschaffung ist nicht nur ein Problem der Wirtschaft, sondern auch ein soziales Problem. Wo sich die Möglichkeit wirklich zusätzlicher Arbeit bietet, kann man den freiwilligen Arbeitsdienst in Kauf nehmen. Schafft man aber im freiwilligen Arbeitsdienst Arbeiten, die dem freien Arbeitsmarkt entzogen werden, verwendet man die für Notstandsarbeiten bereitgestellten Mittel für den Arbeitsdienst, dann wird nur unermesslicher Schaden angerichtet.

Die bisherige Latenzlosigkeit der Reichsregierung hat also bereits dazu geführt, daß in der Arbeitsbeschaffung gefährliche Wege eingeschlagen werden. Hierher gehört z. B. der Versuch, Wohlfahrtsarbeitslose unter der Bedingung zu beschäftigen, daß die Gemeinden dem Arbeitgeber für jede einzustellende Kraft einen Zuschuß von etwa 2 M. pro Tag geben. Die Reichspost verfolgt solche Pläne und — kündigte 2500 Stammarbeitern. Der

Deutsche Städtetag hat sich bereit erklärt, seinen Mitgliedsstädten die Gewährung solcher Zuschüsse zu empfehlen. Daß das zu unhaltbaren Zuständen führt, liegt auf der Hand. Schon gibt es Firmen, die bereit sind, gegen die Gewährung solcher Zuschüsse einen verachteten Betrieb zu übernehmen. Sie wollen auf diese Weise die Konkurrenz schlagen und darüber hinaus sich auch noch die Möglichkeit schaffen, die Belegschaft in ihren nichtsubventionierten Betrieben abzubauen. Worauf die Gemeinden mit solchen Subventionen hinauswollen, ist leicht zu erraten. Sie wollen damit nur ihre Wohlfahrtsarbeitslosen, „versicherungsfähig“ machen, d. h. sie wieder der Arbeitslosenversicherung und der Krisenversicherung zuschieben.

Neben diesen höchst bedenklichen Formen von Arbeitsbeschaffung steht dann noch das Problem der Kreditausweitung, mit deren Hilfe seit einigen Wochen in verschiedenen Lagern die Arbeitsbeschaffung zu lösen versucht wird. Der Reichsanstalt erklärte dem Reichstagspräsidenten Löbe zur Frage der Arbeitsbeschaffung durch Kreditverweigerung, daß in keiner Weise die Währung gefährdet werden dürfe. Das versteht sich von selbst — für die Gewerkschaften. Auf der andern Seite macht aber eine Regierung, die aus lauter Angst vor der Währung gar nichts unternimmt, auch keinen imponierenden Eindruck. Jedenfalls wird es jetzt allmählich Zeit, daß auch über den bisher noch offenen Weg zur Arbeitsbeschaffung Klarheit erzielt wird.

Das Ziel steht fest. Die „Gewerkschaftszeitung“ hat es plastisch klar herausgearbeitet: „Wir brauchen eine systematische Arbeitsbeschaffung, und wir müssen die Hindernisse überwinden. Aber den tausend Bedenken steht die grenzenlose Not des Volkes. Rührt sich international der Weg nicht finden, so muß er national gefunden werden. Die Regierung hat für in Bedrängnis geratene Banken Hunderte von Millionen bereitstellen können. Sie stellt der Landwirtschaft neben dem Schutz Zoll ungeheure Mittel zur Verfügung; sie garantiert jetzt wieder die Düngerverförmigung und verheißt der Landwirtschaft weitere kostspielige Hilfe. Der Arbeitslose hat ein Recht, gleiche Hilfsbereitschaft für die Zwecke der Arbeitsbeschaffung zu verlangen. Die Regierung muß trotz finanztechnischer Schwierigkeiten und Bedenken Mittel zur Arbeitsbeschaffung größeren Stils in irgendeiner Form bereitstellen. Darüber müssen die nächsten Wochen entscheiden. Pläne, und zwar finanztechnisch fundierte Pläne kennt die Regierung. Sie muß endlich den Mut zur Tat haben.“

Sehr beachtenswerte Vorschläge für praktische Arbeitsbeschaffung arbeitete in letzter Zeit der bewährte volkswirtschaftliche Berater und Statistiker des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Wladimir Woytinsky, aus und unterbreitete sie im Januarheft der Zeitschrift des ADGB für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde „Die Arbeit“ der Öffentlichkeit. Seine Vorschläge sind zwar keine Vorschläge des ADGB, aber sie stellen zweifellos einen beachtenswerten Vorstoß dar, zu dem Öffentlichkeit und Regierung Stellung nehmen müssen. Woytinsky geht aus von der Forderung auf Arbeitsbeschaffung für eine Million Menschen für die Dauer von einem Jahr. Gegenstand der Arbeitsbeschaffung — so lautet im wesentlichen sein Gedankengang — sind öffentliche Arbeiten, die dauernde Werte schaffen, bessere Verkehrsmittel, neue Anbauflächen, Siedlungen und dergleichen, und zwar Arbeiten, deren Kosten vorwiegend aus Löhnen und Gehältern bestehen.

Woher nun das nötige Geld nehmen? Um eine Million Menschen ein Jahr lang zu beschäftigen, ist ein Betrag von 2 Milliarden Mark notwendig. Dieser Betrag scheint zu groß, als daß man eine Kreditbeschaffung solchen Ausmaßes ohne Gefahr durchführen könnte. Er kann aber ganz gewaltig vermindert werden durch zwei Faktoren: Heranziehung der Summen, die für Unterförmung der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter verwendet werden müßte, solange diese Arbeiten nicht durchgeführt werden, und zweitens Heranziehung der Beträge aus den Steuern und Sozialabgaben, die die bei öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter als Erwerbslose nicht zu zahlen brauchen. Die Unterförmungssummen umfassen einen Gesamtbetrag

von rund 600 Mill. M. und die Summe aus den Steuern und Sozialabgaben etwa 400 Mill. M. Es handelt sich also nur noch um die fehlende eine Milliarde. Sie kann auf verschiedene Weise aufgebracht werden. Neben der Kreditausweitung seitens der Reichsbank wäre auch die Möglichkeit einer Zwangsanleihe zu prüfen. Da aber eine Zwangsanleihe nur dann eine zureichende Kaufkraft (in den Händen des Staates) und dementsprechend neue Arbeitsmöglichkeiten schaffen kann, wenn sie die vorhandene Kaufkraft nicht schmälert, müßten die Schuldverschreibungen der Zwangsanleihe von vornherein als lombardfähig anerkannt werden. Dann würden aber diese Obligationen der Reichsbank zurückfließen, so daß man auf andern Wegen wieder zur Kreditausweitung kommt.

Die volkswirtschaftliche Seite der Aktion ergibt sich aus folgendem Plan: Es wird eine Zentralstelle geschaffen, die neben der allgemeinen Aufsicht über die eingeleiteten öffentlichen Arbeiten ihre Finanzierung übernimmt, das heißt, den Körperkassen, die diese Arbeiten ausführen, billige Kredite besorgt und den Kreditgebern Rückzahlung sichert. Die Kredite werden zweifach gesichert: Durch den Wert der ausgeführten Arbeiten (Verbesserung der Anlagen der Reichsbahn und Reichspost, Ausbau des Straßennetzes, Vorkommen wichtiger Kanäle, Meliorationsarbeiten, Siedlungen u. a. m.), im ganzen für einen Betrag von 2 Milliarden Mark. Diese Sicherung reicht aber nicht aus, da ein Teil der ausgeführten Arbeiten vom privatwirtschaftlichen Standpunkt aus (der in diesem Falle ausschlaggebend ist) sich als unrentabel erweisen wird, die andern aber können nicht liquid gemacht werden. Es ist also eine weitere Sicherung der aufgenommenen Schulden erforderlich. Sie wird geboten durch die Beträge, die für diesen Zweck von der Reichsanstalt, den Wohlfahrtsämtern, Finanzämtern, Krankenkassen usw. nach dem obigen Hinweis abgeführt werden, im ganzen etwa 1 Milliarde Mark bar. Freilich werden diese Beträge der Zentralstelle nur allmählich zufließen. Aber auch die Kredite, die sie sichern muß, werden nur allmählich anfällig. Bei der vorstichigsten Einschätzung der Rentabilität und des Wertes der ausgeführten Arbeiten und der Kreditfähigkeit der Körperkassen, die diese Arbeiten ausführen werden, muß man erkennen, daß die hier vorgeschlagene doppelte Sicherung, deren Nominalbetrag um 50 Proz. die voraussichtlichen Ausgaben übersteigt, einen Tilgungsplan ermöglichen muß, der für die beiden Parteien (Kreditgeber und Kreditnehmer) ungewöhnlich günstig sein wird. Der Umfang einer möglichen zusätzlichen Emission dürfte nur einen Bruchteil der von der Reichsbank (durch die Kreditkontierungsverpflichtung) gesicherten Schuld ausmachen.

Den Hauptpunkt gegenüber der inflationistischen Gefahren sieht Woytinsky darin, daß die Aktion unter den Bedingungen stattfinden soll, die durch die Notverordnung vom 8. Dezember geschaffen sind. Durch den Lohnabbau habe die deutsche Volkswirtschaft eine volle Spritze gegen die Inflationsanfechtung erhalten. Der gewaltige Gehalts- und Lohnabbau habe das Arbeitsentkommen für das Jahr 1932 um 3 bis 4 Milliarden Mark gekürzt. Durch die Arbeitsbeschaffung solle nunmehr ein Teil des „ersparten“ Lohn- und Gehaltsbetrags in die Volkswirtschaft zurückfließen; dem Abbau von 3 bis 4 Milliarden Mark stehe der Rückfluß von einer Milliarde Mark gegenüber. Die Notverordnung habe auch die Reichsbank entlastet, die nunmehr in geringerm Maße für die Lohn- und Gehaltszahlungen beansprucht werde. Nun solle ein Teil der freigemachten Mittel für die Kreditkontierung der Arbeitsbeschaffungswesen verwendet werden. Nachdem man in der Richtung der Deflation so weit gegangen sei, bedeute die in Aussicht gestellte Kreditausweitung keine Inflation mehr.

Woytinsky ist der Auffassung, daß seine empfohlene Aktion für die Reichsregierung annehmbar sei und als eine Gegenleistung für die den Arbeitern durch die Deflation auferlegten schweren Opfer aufgefaßt werden könne.

Zum gleichen Thema und Plan hat dieser Tage der Vorsitzende des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Erik Tarnow, im „Gewerkschaftlichen Wirtschaftsdiens“ mit folgenden Darlegungen Stellung genommen: Wenn die Abrißungsbedenken, die jetzt in Genuß begonnen haben, sehr schnell zu einem brauchbaren Erfolg führen würden, und wenn auch die Reparations- und Kriegsschuldenfragen

berichtigt wären, und wenn dann in einer neuen Atmosphäre des weltpolitischen Vertrauens die vereinten Kapitalmärkte aufstauen und schließlich auch die internationalen Handelsbeziehungen wieder im Geiste der Zusammenarbeit hergestellt würden — wenn sich das alles demnächst hintereinander abrollen würde, dürfte man hoffen, daß auch in unsrer Wirtschaft der Umbruch nicht ausbleibe.

Es sind aber zu viele Wemms dabei, und ihre Erfüllung ist in absehbarer Zeit gar zu unwahrscheinlich, als daß man sich länger damit begnügen könnte, ausschließlich auf diese Lösung zu starren. Der Einschrumpungsprozess geht immer noch weiter. Das gewaltsame Köpfen der Massen-einkommen durch die sinnlose Deflationspolitik konnte, wie vorauszu sehen, gar kein anderes Ergebnis haben. Dazu kommt nun auch noch die Abdrosselung unseres Exports durch handelspolitische Kriegsmaßnahmen überall in der Welt, wodurch bei uns ein neuer Zugang an Arbeitslosen unvermeidlich eintreten muß.

So erntet diese Ausflüchte sind, so liegt doch noch lange kein Grund vor, sich einer Weltuntergangsstimmung hinzugeben. Nur ist es allerdings höchste Zeit für die Erkenntnis, daß es mit dem bloßen Abwarten geht vorbei sein und daß unverzüglich eine zielbewußte aktive Konjunkturpolitik in Angriff genommen werden muß. Wir können selbstverständlich von Deutschland aus die Weltkrise nicht überwinden, auch ihren Auswirkungen können wir uns nicht entziehen. Wir könnten aber trotz Weltkrise ein weit größeres Wirtschaftswachstum und Verbrauchsvolumen haben, wenn durch eine vernünftige Organisation wenigstens diejenigen Produktionsfaktoren zusammengegräbt würden, über die wir selbständig in der Weltwirtschaft verfügen.

Konjunkturpolitik heißt Arbeit beschaffen. Nicht Notstandsarbeiten und Arbeitsdienst, sondern produktive Arbeit. Weil aus der Privatwirtschaft heraus die erforderlichen Arbeitsaufträge nicht anfallen, müssen sie von öffentlichen Stellen systematisch aufgesucht und weitergeleitet werden. Wenn die Privatwirtschaft keine Arbeit findet, heißt das ja nicht, daß keine da wäre. Nichts wäre feister, als die Verbrauchsgüterindustrien in Bewegung zu setzen, wenn es nur auf den vorhandenen Bedarf anlämte. Nach den Regeln unseres Wirtschaftssystems — aus dem wir vor heute auf morgen nicht herauspringen können — muß aber erst einmal die Kaufkraft vergrößert werden, bevor wieder mehr Konjunktur produziert werden können. Und deswegen muß es mit der Mehrbeschäftigung von Arbeitern den Anfang nehmen.

Nun wäre es nach der vorhandenen Sachlage ein halber Wahnsinn, den ohnehin weit überlegten Produktionsapparat noch mehr zu vergrößern. Tatsächlich rührt der Mangel an Unternehmungslust, der so oft kritisiert wird, auch mit daher, daß es an geeigneten Objekten dafür zu fehlen scheint. Trotz aller Kapitalnot, trotz Kapitalflucht, haben sich heute schon wieder bei den Banken liquide Geldreserven angeammelt, die untätig dort liegen, weil es an geeigneter Nachfrage fehlt. Auch die Reichsbank könnte nach ihren letzten Ausweisen den normalen Handelskredit noch wesentlich ausweiten, und es ist ein offenes Geheimnis, daß sie heute nicht so viel Kreditnehmer bekommen kann, wie sie Kredite vergeben möchte. Vielleicht kann auch ein Teil der Auslandskredite, die in Deutschland frei werden, aber auf Grund des erneuerten Stillhalteabkommens in das Ausland nicht abgeführt werden können, für Beschäftigungsmöglichkeiten im Inland verwertet werden.

Daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht ausgenutzt werden, liegt allerdings zu einem Teil auch daran, daß sie nur kurz- oder höchstens mittelfristig zu haben sind, während für Investitionen langfristige gebraucht werden. Eine Reform des Kreditwesens — wofür der vielbesprochene Wagemann-Plan einen gangbaren Weg zu weisen scheint — könnte diese Schwierigkeit sicherlich wesentlich mildern. Zum mindesten für die Ausschöpfung der erreichbaren Kredite fehlt es nicht an Betätigungsmöglichkeiten, die auch den privatwirtschaftlichen Ansprüchen an Rentabilität und Sicherheit genügen. Bei der allgemeinen Geschäftsunlust bedarf es aber eines organisierten Druckes, um die Initiative auszulösen. Bei der Reichsbank liegen bereits umfangreiche Projekte für Elektrifizierungen und für Verstärkung des Oberbaues und der Brücken zwecks Indienststellung von Großraumgüterwagen vor. Auch die Reichspost hat Aufträge, namentlich auf dem Schwachstromgebiet, vorbereitet. Es kommt nicht darauf an, ob diese Arbeiten im Augenblick dringend sind. Auf längere Sicht sind sie notwendig und auch rentabel, und niemals kann es wichtiger sein, sie für Arbeitsbeschaffungszwecke heranzuziehen, als im Augenblick.

Geradezu trostlos sieht es in der Bauwirtschaft aus, obwohl mindestens an Kleinwohnungen ein großer Mangel ist. Die Vernachlässigung von Reparaturarbeiten, deren Durchführung vielen Arbeitern Beschäftigung geben würde, kostet viel mehr, als durch die Unterlassung der Arbeiten erspart wird. Es liegen verschiedene Vorschläge für die Finanzierung solcher Arbeitsmöglichkeiten vor, und es muß dringend gefordert werden, daß hier etwas Durchgreifendes bald geschieht.

Alle diese Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffung auf dem Gebiet der Erwerbs- und Verkehrs wirtschaft und im Rahmen des üblichen Kreditverkehrs bedeuten jedoch noch nicht sehr viel, gemessen an den 6 Millionen, die nach Arbeit schreien. Sie müssen ergänzt werden durch die schleunige Inangriffnahme solcher Arbeiten, die nur volkswirtschaftlich aber nicht betriebswirtschaftlich rentabel sind, und für die deshalb die Initiative von der

öffentlichen Hand ausgehen kann. Dazu gehören vornehmlich die Verbesserung und der Bau von Straßen und Verkehrsbrücken. In früheren Zeiten war es hauptsächlich der Bau von Eisenbahnen, der Konjunktur anfaschte. Die moderne Verkehrstechnik weist der Straße die Bedeutung zu, die früher den Schienen zukam, so daß sich ganz von selbst für eine aktive Konjunkturpolitik der Blick auf diesen Punkt lenken muß.

Jahr für Jahr werden ungezählte Millionen Werte durch Hochwasser vernichtet. Reich und Länder müssen hierfür als Entschädigung große Summen vergüten. Die Erziehung von Talsperren und Staubbämmen wäre sicher für die Volkswirtschaft ein höchrentables Geschäft und für den Augenblick ein ausgezeichnetes Mittel der Arbeitsbeschaffung.

Das eigentliche Problem der öffentlichen Arbeiten ist natürlich das der Finanzierung. Ist die öffentliche Hand nicht heute schon in einer so verzweifeltsten Finanzlage, daß selbst die normalen Aufträge nicht vergeben werden können? Das ist sicher richtig. Dabei ist es keineswegs so, daß etwa die öffentliche Hand stark überhuldet wäre. Die öffentlichen Schulden sind im Gegenteil — eine Folge der Abwertung durch die Inflation — heute noch geringer als in der Vorkriegszeit. Nur die Unmöglichkeit, irgendwo in der Welt, selbst bei ausreichender Sicherung durch vorhandene Sicherheiten, langfristige Kredite zu bekommen, macht das Finanzierungsproblem so schwierig.

Schwierig heißt aber nicht unlösbar. Wenn nicht anders, wird man durch ganz neue Wege der Kreditpolitik zur Mobilisierung der sachlichen Produktionsfaktoren kommen müssen. Vorschläge auch dafür werden zur Zeit in den betrieblichen Kreisen diskutiert, und irgendwie muß ein Weg gefunden werden, der aus dem höllischen Kreise der Wechselwirkung von Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsschrumpfung herausführt.

Entscheidend ist die Erkenntnis, daß wir nicht länger auf den automatischen Umschwung der Konjunktur warten können, daß die ökonomischen Grundlagen der Existenz nicht nur der Arbeiterklasse, sondern des ganzen Volkes gefährlich bedroht sind, wenn nicht durch eine aktive Konjunkturpolitik mit dem Mittel der Arbeitsbeschaffung in den eingetrockneten Wirtschaftsapparat eingegriffen wird.

Reparaturen und Weltwirtschaft

Das Wort Reparaturen hat einen sehr bitteren Beigeschmack. Gegenwärtig bildet es den wichtigsten Stoff der internationalen Auseinandersetzungen. Die Schwere des Weltkriegs wird allein dadurch bestätigt, daß beinahe 18 Jahre nach seinem Anfang und 14 Jahre nach seinem Ende noch in bestfester Form über die Folge desselben gestritten wird. Wir bestreiten, daß noch Jahre hindurch diese das internationale Völkerverhältnis und die Reaktion in den kriegführenden Ländern steigenden Auseinandersetzungen anhalten werden. Durch die Reparationsfrage wird nicht nur das Zusammenleben der Völker vergiftet, auch der geregelte Verlauf und die Entwicklung der Weltwirtschaft wird dadurch empfindlich gestört. Hierauf wollen wir mit einigen Worten hinweisen.

Die Weltwirtschaft ist heute kein ertragsreiches fernes Ziel mehr, sondern sie ist reale Wirklichkeit geworden. Jedes Land, das den Versuch macht, sich aus dem Rahmen der Weltwirtschaft zu lösen, oder sich den Bedingungen derselben zu entziehen, wird diese Bemühungen bereits nach kurzer Zeit ausgeben müssen. Deutschland hat dies zur Genüge erfahren. Die enge Verflochtenheit der Staaten mit- und untereinander bedingt auch die reibungslose Zusammenarbeit der Staaten. Diese Zusammenarbeit wird gestört oder unmöglich gemacht, wenn neben den natürlichen Störungsurachen noch andere Momente eine gewichtige Rolle spielen. Der Friedensvertrag von Versailles hat Deutschland die Verpflichtung auferlegt, die Kriegsschäden seinen Gegnern zu ersetzen. Es besteht ein Streit darüber, inwieweit Deutschland diesen übernommenen Verpflichtungen bisher nachgekommen ist. Erhebliche Unterschiede haben sich in der Berechnung der bisherigen Leistungen herausgestellt. Deutschland hat nicht nur wichtige Landesteile und seine Kolonien abtreten müssen, es ging auch seiner Handelsflotte verlustig, mußte Lokomotiven, Waggons, Vieh, Holz, Maschinen, Kohle usw. an die Kriegsgegner abliefern. Überdies mußten Vermögenswerte, Auslandsguthaben usw. abgetreten werden. Neben alledem sind vom Kriegsende ab Barleistungen in nicht geringer Höhe erfolgt. Diese sollen nach dem Youngplan noch auf lange Zeit hindurch fortgesetzt werden.

Die Krise wäre in Deutschland nicht in dieser Schärfe ausgebrochen, wenn nicht der Zwang bestanden hätte, jährlich große Summen ohne Gegenleistung an das Ausland übertragen zu müssen. Nun ist es eine alte Lehre der Nationalökonomie, daß Zahlungen an das Ausland von einem Lande, das keine oder nur geringe Zinsen aus dem Ausland erhält, nur durch Verkäufe von Waren und Dienstleistungen im Ausland geleistet werden können. Deutschland hat deshalb in den letzten Jahren in steigendem Maße Waren, in denen deutsche Arbeit gebunden war, ausgeführt. Seit 1930 ist die deutsche Handelsbilanz aktiv. Im verfliehenen Jahr wurde ein Ausfuhrüberschuß von etwa 2,4 Milliarden Mark erzielt. Diese verhältnismäßig günstige Entwicklung des Außenhandels konnte in einer Zeit geschehen, wo die übrigen Länder durch hohe Schutzollmauern sich vom Ausland abzufallen begannen. Letzten Endes wurden die Zölle erhöht, um die deutsche Einfuhr zu verhindern. Obwohl selbst der Dawesplan vorsah, daß Deutschland nur die aus Exportüberschüssen

erzielten Beträge zu transferieren verpflichtet war, versuchte man seitens des Auslandes, Deutschland die Möglichkeit der Ausfuhr zu nehmen. Daß dies mit dem Zwang zur Zahlung von Reparationen nicht zu vereinbaren ist, dürfte jedem Wirtschaftler ohne weiteres klar sein. Keiner beklagt es mehr als die deutschen Gewerkschaften, daß Deutschland im Ausland in den Ruf gerät, Dumping zu betreiben. Die Gewerkschaften können sich aber der Lage nicht verschließen, daß ein so harter Exportandruck keine andre Möglichkeit als verstärkten Export übrig läßt.

Der Auslandsabfall, den ein Schuldnerland sich für seine Waren erzwingen muß, wenn es seine Verpflichtungen erfüllen soll, kann nur im Wege des Konkurrenzampfes erfolgen. Ein so harter Konkurrenzampf, wie er gegenwärtig auf dem Weltmarkt herrscht, führt aber zu internationalen Störungen. Vor allem hat er eine Verschärfung des Preisdruckes, eine Verminderung des Erlöses usw. zur Folge. Dieser ruinöse, rücksichtslose Abwehrkampf bedeutet für die Arbeiter aller Länder verschlechterte Lohn- und Arbeitsbedingungen. Erhöhte Zoll- und Inflationsmauern vernichten wohl das eigene Land vor einer unerwünschten Wareninvasion zu schützen. Desto schärfer entbrennt aber der Konkurrenzampf zwischen den Exportländern auf den bestrittenen Märkten. Die seit längerer Zeit anhaltende Verschärfung des Wettbewerbs und der damit einhergehende Preisdruck sind eine der wesentlichsten Ursachen der gegenwärtigen Krise. Wenigstens ist ihre Tiefe und die Dauer der Krise dadurch hervorgerufen worden. Im ersten Basler Bericht (dem sogenannten Laytonbericht) wird deshalb ganz richtig festgestellt: „Dadurch“ (das heißt, durch den Versuch, Zahlungen an das Ausland ohne neue Schuldenaufnahme zu leisten), „wird zweifellos auch die Weltdepression verschärft, weil die Verläufe anderer Länder verringert und durch die deutsche Ausfuhr ein scharfer Wettbewerb an andern Märkten herbeigeführt wird.“ Wenn es auch eine banale Selbstverständlichkeit ist, die im ersten Laytonbericht ausgesprochen wurde, so fühlen wir uns doch verpflichtet, sie hier anzuführen.

Soll also dieser unnatürliche und für jedes Land schädliche Druck der Auslandskonkurrenz beseitigt werden, dann müssen auch die Reparationen fallen. Deutschland vermag nicht 2000 Millionen Goldmark neben den sonstigen Leistungen, wie Import, Verzinsung der privaten Auslandsschulden usw., dem Ausland zu übertragen, wenn es nicht mindestens die Reparationsleistungen durch zusätzliche Ausfuhr abdecken vermag. Ein andres kommt hinzu: Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sollte gemäß ihrer Zweckbestimmung zur Ausweitung des Welt Handels berufen sein. Es sollten durch sie in unentwickelten Ländern Unternehmungen finanziert werden, deren Aufbau zur Ausweitung der deutschen Ausfuhr dienen sollte. Aus diesem Grunde hat gerade die Gewerkschaftsbewegung die Gründung dieses internationalen Bankinstituts befürwortet. Leider wurde kein einziges derartige Geschäft in Angriff genommen, geschweige denn durchgeführt. Wenn wesentliche Voraussetzungen des Youngplans nicht erfüllt wurden, dann darf man gerechtfertigt Deutschland allein keinen Vorwurf machen.

Die Reparationskämpfe in der nächsten Zeit sind entscheidend für die zukünftige Entwicklung der Weltwirtschaft. Man sollte sich zusammenfinden, um von einer höheren Warte aus alle Krisen- und Störungsurachen zu beseitigen. Die Menschheit hat nun wahrhaftig genug gelitten, als daß sie immer wieder vor unangenehme Tatsachen gestellt werden soll. Die deutschen Gewerkschaften verlangen nicht, daß ein Land benachteiligt werden soll. Aber gerechtfertigt müssen sie dafür eintreten, daß der soziale Lebensstandard der deutschen Arbeiterschaft nicht auf Jahrzehnte hinaus geschwächt wird durch Auslandsforderungen, die eine Ungerechtigkeit darstellen. Die Beseitigung der Reparationen ist die beste Gewähr für die Stabilität der weltwirtschaftlichen Entwicklung.

Korrespondenzen

Greiffenberg-Friedberg (Schles.). In unsrer Hauptversammlung am 9. Januar übermittelte zunächst Vorsitzender Fuß allen Mitgliedern die besten Wünsche für das neue Jahr. Eine rege Ausprache entwickelte sich über den abermaligen Lohnabbau, der für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Kollegen von tief einschneidender Bedeutung ist. Wo bleibt demgegenüber der so viel gerühmte Preisabbau? Dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß der Verfallungsbesuch ein guter war und die Kollegen die beruflichen Geschehnisse mit regem Interesse verfolgt haben. Durch anregende und belehrende Vorträge wurden die Versammlungen interessant gestaltet. Der Rassenbericht schloß mit einem kleinen Bestand ab. Den arbeitslosen Kollegen in beiden Ortsorten konnte auch diesmal wieder durch Bewilligung einer Geldspende eine kleine Weihnachtsfreude bereitet werden. Unsere Delegierten in den Ortsausstellungen berichteten über die dort gepflogenen Verhandlungen. Durch Jüruf wurde der gesamte Vorstand des Ortsvereins einstimmig wiedergewählt. Mit einem „Glückauf“ für 1932 wurde die Versammlung geschlossen.

Kempten (Allg.). Am 16. Januar fand unsre Generalkversammlung im Stat. Ihr Besuch war in Anbetracht der Notzeit kein guter. Bei Entgegennahme des Berichts des Vorstandes wurden die Kollegen nochmals an all die Geschehnisse des leidvollen Jahres 1931 erinnert. Der Besuch der Versammlungen ließ durchweg zu wünschen übrig. Unre Zahlstelle wurde von 806 Durchreisenden besetzt, an die seitens der Organisation 6233 M. und seitens des Ortsvereins 963 M. verausgabt wurden. Der Rassenbericht bot ein zufriedenstellendes Bild. Deswegen der Bericht des Lehrstuhlsleiters. Aus den Neuwahlen gingen u. a. hervor Kollege C h e r l e in als erster Vor-

figender und als Kassierer Kollege Albrecht. Der Ortsvereinsbeitrag wurde von 25 auf 20 Pf. ermäßigt. Nach Besprechung verschiedener interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch auf festes Zusammenstehen im neuen Jahr zum Wohle aller und der Gesamtorganisation.

Röln. Eingangs unserer Jahreshauptversammlung am 10. Januar wurde vier verstorbener Kollegen ehrend gedacht. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden entpinnn sich eine längere Aussprache über den gedruckten vorliegenden Jahresbericht, die von einigen Kollegen über Notverordnung und Lohnabbau ausgeht. Ein Antrag, diese Aussprache abbrechen und eine neue Versammlung einzuberufen, die sich besonders mit dieser Angelegenheit befassen solle, wurde angenommen. Nacheinander erfolgte die Ergrüfung von 78 Jubilaren, von denen Kollege Ferdinand Linden 50 Jahre, Kollege Gottfried Fenger 40 Jahre und die übrigen Kollegen 25 Jahre dem Verband angehören. Eingeleitet wurde sie durch einen Marsch des Orchesters der Lehrlingsabteilung sowie durch Vortrag von zwei Männerchören vom Gesangsverein „Gutenberg“. Bei seiner Ansprache an die Jubilare hob der Vorsitzende besonders die Verdienste des Kollegen Ferdinand Linden hervor, der während seiner 50jährigen Mitgliedschaft längere Jahre im Orts- und Geworkeamt tätig war und jetzt noch das Amt als Geschäftsvorwärtender des Schiedsamts inne habe. Er dankte allen Jubilaren für die dem Verband bewährte treue Mitgliedschaft und ermahnte die jüngeren Kollegen, dem Beispiele der „Alten“ zu folgen. Als weitere Gratulanten schlossen sich Geworkeführer Löffner und der Vorsitzende des Gesangsvereins „Gutenberg“ an. Für die Jubilare dankte Kollege Friedrichs. Beendet wurde die Ergrüfung durch den Männerchor „Gesang der Titanen“ von Althmann und ein Orchesterstück. Dem Antrag des Vorstandes, den Ortsbeitrag von 30 auf 50 Pf. zu erhöhen, wurde stattgegeben. Bei der Aufstellung der Kandidaten zum Bezirksvorstand wurde Kollege Janßen als erster Vorsitzender durch Zuruf gewählt und 13 Kollegen zur Urwahl gestellt. Darauf wurde die Wahl des Vorstandes der Lehrlingsabteilung getätigt. Die Urwahl zum Bezirksvorstand hat folgendes Ergebnis gezeitigt: Es wurden 965 gültige Stimmen abgegeben, davon haben erhalten Kollege Bendt 710, ten Eitelber 682, Bongard 639, Raggeler 562, Ranjenberg 531, Strahmann 512, Westel 491, Komrad 461, Dohritz 454, Blantensheim 385, Berners 384, Roos 360, Pape 296. Zersplittert waren 26 Stimmen. Die ersten beiden Kollegen sind somit gewählt. — Die außerordentliche Versammlung fand am 16. Januar statt, wozu leider die Kollegen, die ihre Einberufung veranlaßt hatten, nicht erschienen waren. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken eines an den Folgen eines Unglücksfalles verstorbenen Kollegen. Hierauf hielt Reichstagsabgeordneter Böcker einen aufklärenden Vortrag über „Notverordnung und Gewerkschaft“. Er führte aus, daß die Gewerkschaften und ihre Führung mit der neueren Gesetzgebung der Notverordnung durchaus nicht einverstanden gewesen seien. Gerade durch die Vertretung des ADGB im Reichswirtschaftsrat seien noch schärfere Bestimmungen, durch die die Arbeiter noch härter getroffen worden wären, aus den Notverordnungen ferngehalten worden. Bei den heutigen parlamentarischen Verhältnissen sei es den Vertretern der Arbeitererschaft ganz unmöglich, die Notverordnungen vollständig zu verhindern. Eine kommende rechtsstehende Regierung würde datatorisch viel schärfere Maßnahmen gegen die Arbeitererschaft ergreifen. Um dieses Unheil zu verhüten, sei es unbedingte Pflicht der gesamten Arbeitererschaft, sich immer fester zusammenzuschließen, um mit allen freilich gestimmten Menschen die Eisenerne Front zu bilden, an der alle Vorstöße von rechts gestoppt werden könnten. Dem Redner wurde für seine gehaltvollen Ausführungen lebhafter Dank gezollt. Bei der nun folgenden längeren Aussprache kamen Meinungen für und wider zum Ausdruck. In seinem Schlußwort legte der Redner die Gründe der Tolerierpolitik dar und ermahnte die Anwesenden, der Gewerkschaft die Treue zu bewahren, um für alle Fälle gewappnet zu sein.

Kolberg. Zu unserer Generalversammlung am 16. Januar waren 28 Kollegen erschienen. Bei einem Mitgliedsstand von 47 Kollegen ein trauriges Zeichen. Trotz des Lohnraubes erhöhte sich die Arbeitslosigkeit am Ort auf durchschnittlich 25 Proz. Der Ortsverein konnte im vergangenen Jahr auf sein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Infolge der Notlage verzichteten wir auf eine Feier, um die hierfür nötigen Mittel für unsre durchreisenden und arbeitslosen Kollegen verwenden zu können. Der alte Vorstand hat sein Amt niedergelegt. Neu gewählt wurde als Vorsitzender Kollege Thiemer. Er ermahnte die Kollegen, trotz der traurigen Zeiten den Mut nicht sinken zu lassen und auch weiterhin dem Verband die Treue zu bewahren.

Stolp i. Pom. In unserer gut besuchten Generalversammlung am 9. Januar erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht und betonte, daß die Buchdrucker durch den Lohnabbau von 12,7 Proz. besonders hart betroffen sind und die erhoffte Einstellung von arbeitslosen Kollegen sich nicht erfüllt hat. Bei der Vorstandswahl legte der langjährige Vorsitzende seinen Posten nieder und an dessen Stelle trat Kollege Kroggele. Eine rege Debatte leitete bei dem Punkt „Kasserverhältnisse“ ein. Trotz des hohen Ortsbeitrags von 40 Pf. mußten wir erleben, daß die Kasse in den letzten Monaten nur noch mit Defizit arbeitete. Es ist aber kein Wunder, wenn man bedenkt, daß unser kleiner Ortsverein im dritten Quartal allein 95,50 M. an durchreisende Kollegen gezahlt hat. Es wurde beschloffen, nur noch 50 Pf. an Ausgeseuerte zu zahlen und, sollten sich die Kasserverhältnisse nicht bessern, diesen Betrag ganz zu streichen. Eine Beitragserhöhung um 10 Pf. pro Woche wurde noch hinausgeschoben. Der Versammlungsbesuch im verfloffenen Jahr hätte besser sein können. Durch die Zahlungsschwierigkeiten bei der Firma Seelig haben auch zwei ältere Kollegen ihre Stellung verloren. Der Vorsitzende forderte die Kollegen auf, treu zusammenzuhalten und schloß mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

Bismar. Inste Generalversammlung am 16. Januar war nur von 50 Proz. der Kollegen besetzt. Mit dem Jahresbericht gab der Vorsitzende einen Rückblick über das verfloffene trübselige Jahr, das uns nichts anderes

brachte als die Vergrößerung unseres Arbeitslosenheeres. War doch im Sommer teilweise die Hälfte der Mitgliedschaft ohne Kunst. Auch die Dristsache wurde schwer von der mühsigen Zeittage getroffen. Trotz alledem treten wir wohlgenut ins neue Jahr. Die Anträge betreffs Änderung der Satzungen des Ortsvereins wurden glatt erledigt. U. a. wird auch der Posten des ersten Beisitzers und Ortsausgüßretreters eingespart, so daß der Vorstand nur aus dem Vorsitzenden (gleichzeitig Ortsausgüßretreter), dem Kassierer und dem Schriftführer (dieser ist auch Bibliothekar) besteht. Zu dem Tagesordnungspunkt „Beitritt zum Arbeiter-Sportkartell zwecks Erhaltung des Heims“ wurde noch nicht endgültig Stellung genommen. Nach Festlegung der Statuten wird die Angelegenheit weiterbehandelt werden. In den Vorstand wurden der bisherige Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer wiedergewählt. Auch die bisherigen Beiratsmitglieder wurden wiederum auf ihren Posten berufen. Die Versammlung stand im Zeichen einer sehr rege, aber sachlichen Aussprache, was besonders zu begrüßen ist.

Wuppertal-Barmen. In unserer Jahreshauptversammlung am 15. Januar war der Besuch so zahlreich, daß der Saal dicht gefüllt war. Mit Glückwünschen für das neue Jahr, die in die Hoffnung ausflangen, daß das Jahr 1932 in wirtschaftlicher Beziehung wieder eine aufsteigende Linie verzeichnen und der Kollegenhaft wieder Arbeit und Brot bringen möge, eröffnete Vorsitzender Bellingrath die Versammlung. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, wurde das Andenken von zwei verstorbenen jungen Kollegen geehrt. Unter „Geschäftlichen“ fand besondere Beachtung das Rundschreiben Nr. 1 des Verbandsvorstandes, in dem dieser seine Maßnahmen rechtfertigt. Leider mußte der Vorsitzende auch wieder von einer Betriebsstilllegung berichten. Aufgenommen wurde ein Mitglied von der Lehrlingsabteilung. Ausgeschloffen wurden zwei Mitglieder. Kollege Bellingrath erstattete dann den Jahresbericht. Das verfloffene Jahr 1931 dürfte wohl das schwärzeste Blatt in der 67jährigen Geschichte des Barmer Ortsvereins ausfüllen. Kaum ein Bezirk im Verbandsgebiet wird so katastrophale Verhältnisse aufzuweisen haben wie der hiesige. Im vergangenen Jahr konnte auch ein Kollege den Weg in den Betrieb zurückfinden. Die einzigen Einstellungen waren Jahlungseinstellungen. Einmal hatte der Ortsverein nur noch 18 Vollarbeiter aufzuweisen. Trotzdem muß man zur Ehre der Arbeitslosen feststellen, daß diese sich zu keinerlei Unbesonnenheiten haben hinreich lassen. Mit dem Vorstand des Elberfelder Bezirks fanden zwei Sitzungen statt, in denen man sich mit der Vermehrung der beiden Wuppertaler Bezirke befaßte. In dieser Angelegenheit kommt man aber nicht weiter, obwohl seitens des Barmer Bezirks der entsprechende Antrag bereits auf dem Gauitag 1929 in Vorschlag gestellt wurde. Das Spartenleben ist als gut zu bezeichnen. Die Bühnengilde Gutenberg konnte hier in der Werbeweche ihre Mitgliedschaft verdoppeln. Unser Kollegengangsverein leidet auch sehr unter der Misere, da der größte Teil der Sängere arbeitslos ist. Aus dem Bericht des Kassierers, Kollegen Stodtger, war zu entnehmen, daß der Ortsverein 283 Mitglieder hat. Davon sind 36 Kutzarbeiter, 11 Invaliden und 128 arbeitslos. Der Schriftführer, Kollege Ruppert, machte statistische Angaben über den Versammlungsbesuch. Über die Lehrlingsabteilung berichtete Kollege Hilbrandt. Dem Ernst der Zeit Rechnung tragend, erklärte sich der Vorstand nach einstimmiger Wiederwahl bereit, auch für das neue Jahr die Geschäfte zu führen. Das Amt eines Revisors sowie das eines Lehrlingsleiters wurden neu besetzt. Der Vorsitzende sprach dem bisherigen Bezirkslehrlingsleiter Kollegen Hilbrandt, der demnachst nach Berlin verzieht, für seine langjährige Tätigkeit im Interesse der Lehrlingsabteilung den herzlichsten Dank aus. Die Entschädigung des Vorstandes wurde in der bisherigen Höhe befallen. Nach Erledigung einiger kleiner Angelegenheiten fand die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Allgemeine Rundschau

Kollektivangriff Berliner Großdruckereien auf die Aderkassiervereine. In dem Stand der nun zehn Großbetrieben unternommenen Lohnabbauaktion ist eine wesentliche Veränderung im Laufe der Woche nicht eingetreten. Einige Firmen haben ihre ursprüngliche Lohnsenkungsforderung bedeutend herabgemindert, ohne jedoch damit zum gewünschten Ziel zu gelangen. Nach wie vor sind die Personale der in Frage kommenden Großbetriebe fest entschlossen, dem Abbau der Aderkassiervereine schärfsten Widerstand entgegenzusetzen. Es sind insgesamt etwa 6000 Personen an dem Ausgang des Konflikts interessiert.

Schlagfertig Geburtag. Kollege Ludwig Dahnke in Kottbus, der Vorsteher und Verwalter des Ganes Medlenburg-Lübeck, vollendet am 16. Februar sein fünfzigstes Lebensjahr. Nach langjähriger ehrenamtlicher Tätigkeit, nämlich vom 1. September 1907 bis 1. Oktober 1911 als Gaukassierer und von da an bis 1. Oktober 1924 als Gauvorsteher, wurde Kollege Dahnke als Gauverwalter angestellt. Als solcher hat er jederzeit seine besten Kräfte in den Dienst des Heimatganges gestellt. Das Vertrauen aller einsichtigen Kollegen war ihm dabei Stütze und nie versagende Kraftquelle. Aber nicht bloß die Interessen seines Gaugebiets hat Kollege Dahnke gewissenhaft vertreten, sondern als verantwortungsbewußter Verbandsfunktionär ist er auch jederzeit entschlossen eingetreten für das, was ihm nach reiflicher Überlegung der Gesamtorganisation dienlich schien. Als gerader, ehrlicher Charakter und guter Kamerad genießt Ludwig Dahnke weit über seinen engeren Wirkungskreis hinaus Ansehen und kollegiale Wertschätzung. Mögen seine ungebundene Arbeitskraft, seine Erfahrung und sein Wissen dem Gau Medlenburg-Lübeck und damit auch unserm Verband noch lange erhalten bleiben! In diesem Sinne dem Schlagschlag unsern Glückwunsch und Gruß!

Eine Betriebsleiter-, Kanone. Wie uns aus Rheindt mitgeteilt wurde, hatte sich das dortige Arbeitsgericht unlängst mit der Schadensersatzklage einer sogenannten Ka-

none gegen einen Zeitungsverleger zu befassen. Dieser hatte einen Betriebsleiter auf dem Weg des Inzerats gesucht und war dabei auf einen Großsprecher hineingefallen, der sein Können mit demart hoffstimmenden Worten anpries, daß ihm beim Engagement selbst der Verleger erklärte, daß er schon zufrieden sei, wenn er als Betriebsleiter nur die Hälfte des Verlohngeldes leisten würde. Auf der Vorstehende des Arbeitsgerichts meinte zu dem ihm vorliegenden Anpreisungsschreiben des Klägers: „Sie scheinen ja wirklich eine Kanone zu sein!“ In der Tat war jedoch das Gegenteil richtig. Der Vertreter des Verlegers schätzte nämlich den Kläger als völlig unfähig. Der Verleg habe sich durch das Schreiben des Klägers hypnotisieren lassen. Der Kläger habe noch nicht einmal gewußt, ob die vorhandene Rotationsmaschine 16- oder 32seitig ist. Ferner sei er nicht der Mann gewesen, einen Betrieb zu leiten, die Arbeiter, selbst die Lehrlinge hätten ihm ausgelacht. Der Verleg habe den Fehler gemacht (und das soll man bei einem solchen Bewerbungsschreiben eigentlich nicht für möglich halten), sich nicht näher nach den tatsächlichen Fähigkeiten des Klägers zu erkundigen. „Ich bin der größte Idiot gewesen“, sagte der Vertreter des Verlegers in Anwendung einer besseren Erkenntnis. In der Sache selbst war jedoch nichts mehr zu ändern. Der Verleg war eben ganz gehörig hineingefallen und wurde nun von dem Großsprecher obenrein noch Schadensersatzpflichtig gemacht. Die Parteien einigten sich im Vergleichswege, und der Kläger erhielt 665 M., gewissermaßen als Prämie für seine bloß versprochenen Glanzleistungen. Wenn der Verleger die richtige Anwendung aus seinem Reinfall zieht, dann ist demnach auch ihm geflohen.

Richtige Kündigung eines Betriebsobmannes. Ein seit dem Jahre 1924 in einer Nürnberger Buchdruckerei beschäftigt gewesener Geselle erkrankte am 22. September 1930, zu einer Zeit, als er Betriebsobmann war, und erkrankte am 8. Dezember 1930 im Krankenhaus die fristgerecht Kündigung. Nachdem er das Krankenhaus verlassen hatte, wurde er von seiner alten Firma am 5. Januar 1931 aus dem Arbeitsverhältnis entlassen und nach Ablauf dieser Zeit zweimal weiter auf je vier Wochen zur Auskuffi. Während der letzten Einstellung — am 13. März 1931 — war der Betroffene einstmals zum Betriebsobmann wiedergewählt worden. Als die letzte Auskuffisperiode am 27. März 1931 abließ, verweigerte die Firma die Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses. Der Geselle stellte sich auf den Standpunkt, daß seine Entlassung gegen die §§ 96, 98 BGB. verstoße und klagte auf Feststellung, daß sein Arbeitsverhältnis über den 27. März 1931 hinaus fortbestehe. Arbeits- und Landesarbeitsgericht Nürnberg haben die Klage abgewiesen. Das Landesarbeitsgericht ließ dahingestellt, ob die am 8. Dezember 1930 ausgeprochene Kündigung, obwohl ihr die Belegschaft gemäß § 9 BtG nicht zugestimmt hatte, als gültig oder ungültig anzusehen ist. Denn selbst wenn die damals ausgeprochene Kündigung ungültig gewesen wäre, so hätte sich der Kläger doch am 5. Januar 1931 bereit gefunden, einen befristeten Arbeitsvertrag abzuschließen, und habe nach dessen Ablauf in gleicher Weise nochmals zwei befristete Arbeitsverträge abgeschlossen, so daß er sich damit seines Kündigungsabstufes aus den §§ 96, 98 BGB. begeben hätte. Dieser Auffassung hat sich das Reichsarbeitsgericht jedoch nicht angeschlossen, vielmehr stellte es auf die Revision des Klägers fest, daß das Arbeitsverhältnis über den 27. März 1931 hinaus fortbesteht. Zur Begründung nahm das Reichsarbeitsgericht Bezug auf die Bestimmungen in § 9 Absatz 8 und 9 des Buchdruckerarbeitsgesetzes. Daraus sei zu entnehmen, daß eine Beendigung des Arbeitsverhältnisses des Klägers durch Fristablauf nicht eingetreten ist. Er habe ursprünglich in einem Arbeitsverhältnis von unbestimmter Dauer gestanden, das zur Kündigung der Zustimmung der Betriebsvertretung bedurfte. Da die am 8. Dezember 1930 erfolgte Kündigung des Klägers ohne Zustimmung der Betriebsvertretung bzw. der wahlberechtigten Arbeitnehmererschaft erfolgt ist, war sie ungültig.

Über das Pressewesen der Nazibewegung. Auf Grund der Angaben des „Nationalsozialistischen Jahrbuchs für 1932“ und privater Nachsprüfungen wurde von einem Mitarbeiter der „Deutschen Presse“ ein Überblick über den Aufbau des nationalsozialistischen Presseapparats in Deutschland gegeben. Danach besäßen zur Zeit insgesamt 97 Zeitungen und Zeitschriften. Davon sind: 40 Tageszeitungen, 6 erscheinen halbmonatlich, 38 wöchentlich, eine halbmönatlich und 3 monatlich. Ferner erscheinen eine illustrierte Zeitung und zwei Wochblätter. Wie man sieht, ist der nationalsozialistische Presseapparat bereits zu einer gewissen Bedeutung angewachsen. Wir sollten ihn nicht übersehen, aber auch nicht unterschätzen. Neben diesen reichsdeutschen Blättern erscheinen auch solche im Ausland. In Danzig besteht eine Wochenszeitung, in Österreich erscheinen vier nationalsozialistische Wochenszeitungen. In den deutschen Subetablissements (Tschechoslowakei) werden eine Tageszeitung, eine Halbwochenszeitung und acht Monatschriften herausgegeben. Dazu kommen, immer nach der gleichen Quelle, noch zwei halbmonatlich und fünf monatlich erscheinende Gewerkschaftsblätter, die als der nationalsozialistischen Bewegung dienend gezählt werden.

Die Eisenerne Front. Für Werbezwecke der Eisenerne Front hat der Film- und Lichtbilddienst der SPD, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, eine Lichtbildserie-Wildband (62 Bildern), betitelt: „Die Eisenerne Front“, herausgebracht, die ein außerordentlich wirksames Werbematerial, erläutert durch patende Ausführungen, enthält. Die Serie eignet sich vorzüglich zur Vorführung in Parteien, Reichsbanner-, Gewerkschafts- und Sportkreisen, aber auch für alle öffentlichen Werbewerkstattungen der Eisenerne Front. Die Leihgebühr der Lichtbilder beträgt für eine einmalige Benützung 5 M., für Berlin 8 M., zuzüglich Versandkosten. Für jeden anschließenden Tag wird eine Gebühr von 2 M. erhoben. Der Wildband kostet 5,50 M. Ein ausführliches Film- und Lichtbildverzeichnis wird vom Film- und Lichtbilddienst Interessenten auf Wunsch kostenlos überant.

Versicherungsleistungen der Volksfürsorge im Vorjahr. Die Leistungen der Volksfürsorge für Versicherungsfälle erreichten im Jahre 1931 insgesamt 3,8 Mill. M. Die Summe verteilte sich auf 10.213 Sterbefälle.

Erfolgreicherung der Würgersteuer. Über das kürzliche Vorgehen von Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenver-

